



Kurz, Asselborn 2016 in Luxemburg

DRAGAN TATIC / PICTURE ALLIANCE / DPA

Europa Spaltpilz Österreich

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sieht die EU nach dem Regierungsantritt von Sebastian Kurz in Österreich vor einer Bewährungsprobe: „Kanzler Kurz spricht die Sprache Donald Trumps. Der US-Präsident sagt: Wenn jedes Land dafür sorgt, dass es ihm gut geht, geht es am Ende allen gut. Kurz sagt, jedes Land entscheidet allein, ob es Flüchtlinge aufnimmt“, so Asselborn. Auf die Weise funktioniert die Europäische Union aber nicht. „Wer so spricht, versteht das Einmaleins der EU nicht, den Grundgedanken der Solidarität. Wenn wir Polen oder Ungarn als Referenz nehmen, sind wir

tief gefallen.“ Österreichs neuer Kanzler hat sich in der Flüchtlingsdebatte hinter Länder wie Polen oder Ungarn gestellt, die eine Umverteilung von Migranten in der EU ablehnen. Für Asselborn ist dieser Schulterschluss ein Beleg dafür, dass Kurz Österreich außenpolitisch an die sogenannte Visegrád-Gruppe aus Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei andocken will – zu einem „Visegrád-Fünfer-Zirkel“. „Das ‚Modell Visegrád‘ heißt, die europäische Zusammenarbeit zu verneinen“, so der Luxemburger. „Wenn Europa sich in einer entscheidenden Frage wie der Migrationspolitik nicht einig ist, wächst langfristig die Gefahr, dass die EU in sich zusammenbricht.“ mp

Rechtspflege Digitales Desaster

Das ab dem 1. Januar 2018 für Rechtsanwälte gesetzlich vorgeschriebene „besondere elektronische Anwaltspostfach“ (Bea) dürfte länger offline bleiben. Nach Ansicht von Markus Drenger vom Chaos Computer Club Darm-

stadt, auf dessen Hinweis hin das Bea kurz vor Weihnachten abgeschaltet wurde, verstößt die Programmierung des Anwaltspostfachs „vollkommen gegen den Stand der Technik und übliche Sicherheitsverfahren“. Dies zu korrigieren ist laut Drenger „eine Sache von Monaten, wenn es überhaupt möglich

Gesundheit FDP kämpft für Kiffer

Die Bundesregierung sperrt sich weiter dagegen, Kiffen zu Genusszwecken zu erlauben. „Die Gesundheitsgefahren des Cannabismisbrauchs gerade bei Heranwachsenden sind erwiesen“, antwortete das CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium (BMG) der FDP-Fraktion. Schließlich werde eine „nicht geringe Zahl“ von Cannabisrauchern von der Suchthilfe betreut. Das BMG nennt eine Schätzung, wonach hierzulande rund 1,2 Millionen 18- bis 64-Jährige regelmäßig kiffen. Die Liberalen fordern, Cannabis kontrolliert abzugeben, um die

Qualität zu sichern und Konsumenten vor Strafverfolgung zu bewahren. „Junge Menschen gehören nicht kriminalisiert, sondern aufgeklärt“, sagt FDP-Parteivize Marie-Agnes Strack-Zimmermann. „Im Bundestag sollte über die Freigabe ohne Fraktionszwang abgestimmt werden.“ Die SPD hatte sich im Wahlkampf dafür offen gezeigt; die Union lehnt eine Liberalisierung ab. Deutlich aufgeschlossener zeigt sich das BMG gegenüber legalen Drogen. Die „berauschende Wirkung“ von Alkohol werde „durch soziale Kontrolle überwiegend vermieden“, zitieren die Ministerialen aus einem Verfassungsgerichtsurteil von 1994. cos

DDR Schmusekurs mit Folterknechten

Die DDR-Führung unter Erich Honecker unterstützte Argentiniens Militärjunta, die von 1976 bis 1983 herrschte und bis zu 30 000 Menschen ermorden ließ – darunter auch Deutschstämmige. Das zeigt ein neues Buch der Historikerin Angela Abmeier („Kalte Krieger am Rio de la Plata?“). Ostberlin baute die politischen Beziehungen zu Argentinien während der Diktatur aus; 1981 trafen sich die Außenminister beider Staaten. Die Menschenrechtsverletzungen spielten für den Honecker-Staat „so gut wie gar keine Rolle“ (Abmeier). Im Fall von Asylanträgen Verfolgter hatte die DDR-Botschaft in Buenos Aires

Weisung, diese abzulehnen. Ausnahme: „leitende Genossen“ der argentinischen KP. Honeckers Experten glaubten, Machthaber Jorge Videla verhindere die „Errichtung einer profaschistischen Diktatur“ durch noch radikalere Kräfte. Videla wurde später wegen Mord, Folter und Entführung zu lebenslanger Haft verurteilt. Allerdings sah auch Bonn in Argentiniens Militärs ein Bollwerk gegen angebliche Hardliner (SPIEGEL 21/2014). klw



General Videla 1982

I.L.A. AGENCIA / GAMMA / STUDIO X

ist“. Der Präsident des Deutschen Anwaltvereins, Ulrich Schellenberg, fordert, das gesamte System „neu zu denken, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen“. Ab dem 1. Januar müssen Anwälte für Kollegen und Gerichte über Bea erreichbar sein. Schellenberg fordert nun vom Bundesjus-

tizministerium eine „Klärstellung, dass das nicht gelten kann, solange Bea offline ist“. Auslöser war, dass sich ein geheimes Zertifikat von der Internetseite der Bundesrechtsanwaltskammer frei herunterladen ließ. Ein eilig verbreitetes Ersatzzertifikat erwies sich als noch anfälliger für Hacker-Attacken. hp